

# I-1

<b>Titel</b>	Nachhaltige Entwicklung neu denken	
<b>AntragstellerInnen</b>	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

---

## Nachhaltige Entwicklung neu denken

- 1 Der Kampf um die Zukunft der menschlichen Zivilisation
- 2 Die letzten zwei Jahrhunderte sind für die Menschheit eine Periode radikaler politischer, wirtschaftlicher, ge-  
3 sellschaftlicher und kultureller Umbrüche gewesen. Innovationen wie die Dampfmaschine, die Eisenbahn und  
4 der Webstuhl läuteten das kapitalistisch-industrielle Zeitalter ein. Zusammen mit neuen globalen Handelsströ-  
5 men, rapider Verstärkung, schneller Verbreitung von Wissen und aufkommender Bildung für weite Teile der  
6 Gesellschaft, sozialem Aufstieg aber zugleich neuen sozialen Problemen und zügelloser Ausbeutung durch  
7 Lohnsklaverei und Kolonialismus durchlief die neue Welt des kapitalistisch-industriellen Zeitalters eine Reihe  
8 von Geburtswehen. Nach den Wirren erbitterter Machtkämpfe und entfesselter kriegerischer Gewaltspiralen  
9 im hypernationalistischen Europa des frühen 20. Jahrhunderts bedeute die Nachkriegsordnung eine Periode  
10 des relativen Wohlstandes unter dem bis heute anhaltenden Schatten globaler Ausbeutungsverhältnisse und  
11 einem Wettkampf der Systeme.
- 12 Doch ruht diese Ordnung nicht zuletzt auch auf systembedingter ökologischer Blindheit. Seit den 1960ern  
13 hat die Wissenschaft die Welt mit der Realität globaler Erwärmung durch Treibhausgase konfrontiert und da-  
14 mit, dass das kapitalistisch-industrielle Wirtschaftsmodell nicht fortbestehen kann. Nach Jahren der systema-  
15 tischen Verhüllung und Vernebelung der Fakten durch Ölkonzerne, allem voran Exxon, wurden die immanen-  
16 ten Grenzen der industriellen Gesellschaft vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Studie „Die Grenzen des  
17 Wachstums“ des 'Club of Rome' immer deutlicher. Doch geschuldet durch weitere Leugnung, fehlenden ge-  
18 sellschaftlichen Druck sowie fehlende Anreize zur Anpassung für wirtschaftliche und politische Eliten wurde  
19 nicht eingelenkt. Neoliberale Globalisierung hat zwar selbst innerhalb seines ausbeuterischen Kalküls durch-  
20 aus globale Armut reduzieren können, doch ist es nicht nur sozial blind, sondern auch ökologisch. So hat die  
21 Neoliberalisierung den Griff dieser Ordnung weiter verstärkt und ökologische Zerstörung weiter beschleunigt.  
22 Seit der Deklaration von Rio im Jahre 1990 sind globale CO2-Emissionen um weitere 60 Prozent angestiegen  
23 und steigen bis heute weiter an. Die Menschheit benutzt nun ca. das doppelte der globalen Biokapazität, was  
24 sich in einem extrem alarmierenden neuen Artensterben ausdrückt: Globale Biodiversität ist in einem freien Fall  
25 und seit 1970 um etwa die Hälfte abgefallen!
- 26 Das kapitalistische System ist seiner nach Natur süchtig nach grenzenlosem Wachstum, globaler Akkumulati-  
27 on in den Händen Weniger, ungezügelter Verbrauch materieller Ressourcen und fossilen Brennstoffen sowie  
28 wechselseitiger Verschuldung. Die Hälfte der Menschheit muss von weniger als dem Äquivalent von 3 US-  
29 Dollar am Tag leben, sprich in bitterer Armut, während gerade einmal acht Menschen soviel besitzen wie sie  
30 alle zusammen. Die globale Finanzwirtschaft hat mittlerweile ein wesentlich höheres Volumen als die gesamte  
31 Realwirtschaft. Die globalen 1 Prozent sind laut einer kürzlich durchgeführten Oxfam-Studie für 50 Prozent  
32 aller Emissionen verantwortlich. Kritische Ressourcen und Kapazitäten werden Spätromischer Dekadenz glei-  
33 chend durch die absurden materialistischen Exzesse der Wenigen verschwendet und versperren Kernpoten-  
34 tiale zur sozial-ökologischen Transformation. So sind strukturelle Lösungen innerhalb des aktuellen Systems  
35 unmöglich: Die Narrativen über Entkopplung des konventionellen Wachstumsmodells von Emissionen und  
36 Ressourcenverbrauch („grünes Wachstum“) durch allein technische Innovationen, einem Primat der Märkte

37 und Vorstöße zur Individualisierung von Klimälösungen bleiben wissenschaftlich widerlegte Fantasmen wirt-  
38 schaftlicher Eliten in Hoffnung auf Erhalt ihrer illegitimen Machtpositionen und Privilegien.

39 In einer sich wechselseitig verschärfenden Mehrfachkrise von Weltwirtschaftssteuerung durch neoliberale Ak-  
40 teure, umweltfeindlichen Anreizstrukturen auf allen Ebenen, unzureichendem normativen Wandel und poli-  
41 tischen Druck auf politische wie wirtschaftliche Eliten, allgegenwärtiger Kurzsichtigkeit, sozialer Trittbrettfah-  
42 rerprobleme, ideologischer Hegemonie des Neoliberalismus in atomisierten Gesellschaften sowie fehlender  
43 Pionierforschung zu attraktiven nachhaltigen Gesellschaftsmodellen steckt die Menschheit innerhalb jenes  
44 Systems fest („Lock-In“), welches in Worten des weltweit führenden Klimaforschers und Direktor Emeritus des  
45 Potsdamer Klimainstituts Hans Joachim Schellnhuber den Planeten „direkt und ohne Tempolimit gegen die  
46 Wand“ fährt! Wir sind in einer außer Rand und Band geratenen globalen Nachhaltigkeitskrise, die unser aller  
47 Zukunft unmittelbar bedroht!

48 Geschuldet durch die langjährige Ignorierung und Negation des Klimawandels durch vorherige Generationen  
49 schließt sich das Zeitfenster für eine Transformation zur Nachhaltigkeit jetzt rapide. Der Weltklimarat (IPCC)  
50 zeigt in einer aktuellen Sammelstudie, dass das im Pariser Klimaabkommen festgelegte Ziel der Begrenzung  
51 globaler Erwärmung von 2 Grad über vor-industrieller Durchschnittstemperatur nicht mehr ausreicht. Viel-  
52 mehr müssen wir Erwärmung nun dringend auf 1,5 Grad begrenzen, um mit größtmöglicher Wahrscheinlich-  
53 keit extreme Folgen des Klimawandels noch zu verhindern! Ohne größere Kurskorrekturen wird die Mensch-  
54 heit so bereits im kommenden Jahrzehnt ihr ganzes verbleibendes CO<sub>2</sub>-Budget dafür verpulvern und jede  
55 Form von Klimagerechtigkeit für aufholende Entwicklung der überwiegenden Bevölkerungsmehrheiten des  
56 Globalen Südens rechtlos zunichtemachen. In einem kollektiven Hangeln der Menschheit mit sich selbst und  
57 ihrer eigenen Natur sind die nächsten Jahre die entscheidende aufziehende Schicksalsgabelung zwischen einer  
58 'Großen Transformation' hin zu einer nachhaltigen und gerechten Weltgesellschaft oder aber einer direkten  
59 Zerstörung unser aller Lebensgrundlagen, nicht mehr aufzuhaltenden zivilisatorischen Abwärtsspiralen und  
60 bitteren Verteilungskonflikten, welche den Fortbestand der menschlichen Zivilisation als Ganzes infrage stellen  
61 werden.

62 Doch darf uns diese aussichtslos wirkende Lage nicht zum Aufgeben drängen! Die Geschichte hat uns gezeigt,  
63 dass die Menschheit voller Potentiale steckt – sie haben uns zu diesen ungekannten Aufstiegen in allen Teilen  
64 der Welt gebracht die wir heute genießen. Wir haben die Gräueltaten von Armut, Krankheiten und Krieg bedeu-  
65 tungsvoll zurückgedrängt und einem großen Teil unserer Artgenossen ein Leben in Würde ermöglicht. Bereits  
66 jetzt existieren alle sozial- und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, um ein Leben in überragender Erfüllung  
67 für die 9-10 Milliarden Menschen zu schaffen, die wir Mitte dieses Jahrhunderts sein werden – die Reise zu  
68 einer nachhaltigen Weltgesellschaft kann also eine positive und spannende sein. Es kann wahrlich das zen-  
69 trale Jahrhundert jener Menschheit werden, die nach allen Aberjahrhunderten und Jahrtausenden stumpfer  
70 Widrigkeiten gegen sich selbst endlich zu sich selbst findet.

71 Das Tandem aus Pariser Klimaabkommen und den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) bildet dafür ein  
72 solides Rahmenwerk aus gemeinsamen Zielen. Noch lässt sich diese globale Wende einer Großen Transforma-  
73 tion bewerkstelligen, aber das Zeitfenster schließt sich wiegesagt nun rapide. Es braucht eine neue, ganzheit-  
74 liche Vision einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft, ja einen neuen Gesellschaftsvertrag in welchem  
75 die Menschheit zugleich in Harmonie mit sich selbst und der Natur existieren kann. Das mag sich utopisch  
76 oder gar träumerisch anhören – doch ist das glatte Gegenteil der Fall: Es sind die Visionäre einer neuen Welt  
77 die tatsächlichen Pragmatiker im Lichte unabdingbarer Änderungen gegen jene selbsterklärten Pragmatiker –  
78 manch einer mag sich „Profi“ nennen – die sie am Status Quo, ja einer alten Welt ohne Zukunft festhalten, was  
79 sie zu den tatsächlichen Träumern macht!

80 Doch Zukunft gibt es nicht für Lau! Diese Große Transformation muss gemeinsam, koordiniert und strategisch  
81 in Form eines globalen Zusammenschlusses gegen knallharte Interessensgegensätze aktueller Elitenstruktu-  
82 ren auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Verbände der Sozialistischen Internationale, der Progressiven Al-  
83 lianz, der Global Greens und andere progressive Parteien(verbände) weltweit müssen Hand in Hand mit Zi-  
84 vilgesellschaften, Wissenschaft, NGOs und Aktivisten eine geeinte Front des Systemwandels zu einem neuen  
85 Abschnitt der Menschheitsgeschichte formieren!

86 Wir fordern:

87 • Eine globale Große Transformation hin zu einer nachhaltigen Weltgesellschaft, bei welcher globale Entwick-  
88 lung mit Klima- und Umweltschutz vereint werden:

- 89 o Die Erreichung des 1,5 Grad Ziels zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und Vermeidung der Aus-  
90 lösung von Erdkipppunkten, welche den Klimawandel unaufhaltbar machen würden. Es braucht dafür – vom  
91 Ausgangszeitpunkt 2019 – eine überwiegende Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis spätestens 2045 Ne-  
92 gativemissionen möglichst unmittelbar danach
- 93 o Globale Entwicklung und Umweltschutz nicht gegeneinander auszuspielen! Wir stehen für das Recht auf  
94 nachholende Entwicklung im Rahmen planetarer Belastungsgrenzen und Tragweiten ein. Wir fordern nun zü-  
95 gige globale Dekarbonisierung, um durch ein so erreichbares Mindestmaß an Klimagerechtigkeit möglichst  
96 viele Spielräume für aufholende Entwicklung des Globalen Südens zu erhalten
- 97 o Eine globale Kultur- und Mobilisierungswende!
- 98 Einen flächendeckenden ökologischen Bewusstseinswandel zu erwirken! Die Gesellschaften dieser Erde müs-  
99 sen sich dem vollen Ausmaß dessen, was auf dem Spiel steht bewusst werden und nicht nur individuelles  
100 Konsumverhaltens ändern, sondern vielmehr auch aktiven systemischen Widerstand gegen die völlige ökolo-  
101 gische Blindheit des aktuellen Systems leisten! Nur durch überwältigenden gesellschaftlichen Druck kann die  
102 Große Transformation noch schnell und umfassend genug erwirkt werden!
- 103 o Eine globale Sozialismuswende!
- 104 Eine Wende zu einem globalen demokratischen Ökosozialismus! Inkrementelle Lösungen innerhalb des ka-  
105 pitalistischen Systems mit seinen strukturellen Blockaden sind in Anbetracht der Lage völlig unzureichend.  
106 Umfassende Strategien dazu existieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht (womit auch selbst in diesem An-  
107 trag leider Vieles nur an der Oberfläche kratzen kann) und müssen möglich schnell gemeinsam erarbeitet  
108 werden!
- 109 Globale Umverteilung vom Globalen Norden zum Globalen Süden! Nur dadurch lassen sich die Transforma-  
110 tionspotentiale für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele und ein menschenwürdiges Leben für  
111 alle noch realisieren!
- 112 o Eine globale Wohlstands- und Konsumwende!
- 113 Ein neues Wohlstands- und Lebensmodell fernab des kapitalistischen Modells des endlosen Wachstums, das  
114 die Bedürfnisse des Menschen mit denen der Natur vereinbart. Allem voran müssen erweiterte Indikatoren  
115 des menschlichen Wohlstandes als neue Zielsysteme etabliert und durchgesetzt werden. Warenfetischismus  
116 ist nicht etwa die Essenz des menschlichen Glücks, sondern eine Pathologie dagegen! Es müssen im Rahmen  
117 der Großen Transformation durch Verringerung von Arbeitszeit und energieintensiver Wirtschaftsprozesse  
118 den Menschen neue Freiräume zur Verfolgung vermehrt immaterieller Lebensziele gegeben werden
- 119 o Eine globale Energiewende!
- 120 Die Einführung einer globalen CO2 Steuer sowie schrittweise engeren Maximalemissionen entlang der Re-  
121 duktionserfordernisse des 1,5 Grad-Ziels kombiniert mit Kriterien der Klimagerechtigkeit zwischen Staaten mit  
122 scharfen, rechtlich bindenden Sanktionen. Diese Steuer muss zugleich zur Gegenfinanzierung transformativer  
123 energie- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen gerade im globalen Süden genutzt werden, die Sinnhaftigkeit  
124 zusätzlich ein Emissionszertifikatssystem einzuführen muss geprüft werden
- 125 Globale, nationale und lokale Aktionspläne zur schnellstmöglichen Transformation von Energiesystemen von  
126 fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern und Schaffung entsprechender umfassender Fonds und Finan-  
127 zierungsmechanismen zu deren Umsetzung
- 128 Einen globalen Stopp aller direkten Anreize (z.B. Subventionen) für fossile Energieträger und einen radikalen  
129 Wandel zu Anreizen für erneuerbare Energieträger
- 130 Die massive Förderung von Innovation von und Forschung zu erneuerbaren Energieträgern
- 131 o Eine globale Kooperationswende!
- 132 Eine Renaissance internationaler Kooperation und Multilateralismus zur gemeinsamen Aushandlung und Ver-  
133 folgung der Großen Transformation zugunsten des Globalen Südens unter Erhalt der liberalen Weltordnung.  
134 Im nationalen klein-klein kann sie unmöglich gelingen!

- 135 Die Aufsetzung von Dekarbonisierungspartnerschaften mit entsprechenden Fonds, Technologietransfers und  
136 technischer Assistenz gerade zur Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern für Dekarbonisie-  
137 rung bei gleichzeitiger Sicherung weiteren Entwicklungspotentials
- 138 o Eine globale Ressourcenwende!
- 139 Eine weitestgehende Re-Lokalisierung von Wertschöpfungs- und Lieferketten und einen Übergang zu dezentralen  
140 Kreislaufwirtschaften
- 141 Eine starke Reduktion von Massivbeton- und Stahlbau zur Ressourcenschonung und Verringerung der Ener-  
142 gieintensität von Gebäudebau durch Einsatz nachhaltigerer Bausubstanzen
- 143 Globale Wiederaufforstungsprogramme sowie den Stopp aktueller Entwaldung (besonders auch durch recht-  
144 wirksamen Schutz von Ökosystemen) und den Übergang zu nachhaltiger Forstwirtschaft
- 145 o Eine globale Mobilitätswende!
- 146 Massive Förderung von Elektromobilität und zusammenhängender Forschung wie Infrastruktur auch nach  
147 Beschlusslage U1 („Voll geladen! – Mobilität von morgen“) des Juso-Bundeskongresses 2017
- 148 Eine weitestgehend mögliche Verringerung des Ressourcen- bzw. Materialeinsatzes im Mobilitätssek-  
149 tor
- 150 Massiver Ausbau von Öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Schaffung von nachhaltigen und attraktiven Alter-  
151 nativen zum Individualverkehr
- 152 Eine Renaissance des Schienenverkehrs als zumeist klimaverträglichste Transportationsmethode des  
153 Personen- und Warenverkehrs
- 154 Einen sehr starken Rückbau/ Abbau von Flugverkehr von Personen und besonders Warenverkehr unter an-  
155 derem durch Kerosinbesteuerung
- 156 Einen Rückbau/ Abbau von Warenverkehr über Schiffe als Folge re-lokalisierter Wertschöpfungsketten in der  
157 Weltwirtschaft als auch durch Schiffsdieselbesteuerung
- 158 o Eine globale Agrar- und Ernährungswende!
- 159 Den ökologisch verträglichen Kapazitätsausbau von Agrarsystemen („Sustainable Intensification“) im Globalen  
160 Süden besonders für Kleinbauer\*Innen in ländlichen Gebieten
- 161 Einen allgemeinen Wandel von agroindustrieller Landwirtschaft und chemischen Pestiziden hin zum ökologi-  
162 schen Landbau
- 163 Die Förderung klimaschonender Ernährungsweisen durch kulturellen Wandel erreichte veränderte Ernäh-  
164 rungsgewohnheiten (Reduktionen im Fleischkonsum und anderer klimaschädlicher Lebensmittel, ...) sowie  
165 Reduktion von Lebensmittelverschwendung und unnachhaltigem Verpackungsmaterial
- 166 o Eine globale Urbane Wende!
- 167 2050 werden ca. drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten leben. Im Rahmen des UN-Habitat Prozesses  
168 und der UN-Urban Agenda müssen Städte durch aufzubauende globale Fonds (z.B. über die Weltbank) und  
169 technische Assistenz, besonders auch über Städtepartnerschaften gezielt dabei unterstützt werden, diesen  
170 Umzug der Menschheit zum Wohle aller zu gestalten und drohende Slumbildung im Globalen Süden zu ver-  
171 hindern.
- 172 Nachhaltige Urbanisierungskonzepte und -strategien und diese im Dialog mit den Bürgern zu entwi-  
173 ckeln
- 174 Die Ausweitung von autofreien und verkehrsberuhigten Zonen zur Verbesserung städtischer Luftqualität und  
175 Verringerung von Lärmbelastung
- 176 o Eine globale Industrielle Wende!
- 177 Einen zeitgerechten Aufbau transformativer/substanzerhaltender Wirtschaftssektoren wie der erneuerbare  
178 Energiesektor und den Rückbau nicht nachhaltiger/substanzverzehrender Wirtschaftssektoren wie Teile der

179 Schwerindustrie und der Autoindustrie für weitere notwendige Reduktionen von Ressourcenverbrauch und  
180 Energieintensität

181 o Eine globale Bildungs- und Forschungswende!

182 Die Wissenschaft muss sich aus ihrer vorrangig beschreibenden/deskriptiven Funktion emanzipieren, durch  
183 vermehrte inter- und transdisziplinäre Arbeit vermehrt die globalen Zukunftsfragen behandeln sowie Trans-  
184 formationsprozesse im Dialog konzeptionieren, unterstützen und begleiten („Stufe 3 Wissenschaft“). So muss  
185 auch auf Schulebene nach Beschlusslage U13 des Juso-Bundeskongresses 2018 mit Bildung für Nachhaltige  
186 Entwicklung (BNE) für diese Themen früher und wesentlich umfassender sensibilisiert werden

187 Handelspolitik grundlegend neu ausrichten – Schluss mit struktureller Gewalt!

188 Es ist harte Realität, dass Süd-Süd Handel weiterhin nur einen sehr kleinen Anteil im Kontrast zu Nord-Süd  
189 Handel ausmacht und in absehbarer Zeit nur unwesentlich steigen wird. Währenddessen werden, stark sim-  
190 plifiziert, immense Mengen an Rohstoffen seitens Entwicklungsländer exportiert und verarbeitete Produkte  
191 von Schwellenländern und dem Globalen Norden importiert, jedoch unter extrem unfairen Konditionen („bad  
192 terms of trade“). Beispielsweise produziert Afrika 75 Prozent des Kakaos auf der Welt, bekommt aber nur zwei  
193 Prozent des Gewinns! Immernoch überschwemmen Agrarprodukte des globalen Nordens die Märkte des glo-  
194 balen Südens und Verhindern damit regionale wirtschaftliche Entwicklung.

195 Schließlich sind unsere Lebensweisen und unser Lebensstandard nur durch systematische strukturelle Ge-  
196 walt möglich, indem die Bevölkerungsmehrheiten des Globalen Südens unter teils menschenunwürdigen Be-  
197 dingungen für miserable Bezahlung arbeiten müssen. Die Produkte dieser Arbeit werden zu ausbeuterischen  
198 Konditionen zu uns importiert und weiterverarbeitet, sodass der eigentliche gesamte Arbeitsaufwand derer  
199 Produkte, die wir konsumieren um ein Vielfaches höher ist als Unserer.

200 Diese strukturellen Asymmetrien im globalen Wirtschaftssystem führen dazu, dass der Globale Süden pro  
201 Jahr ca. 1,3 Billionen USD vom Norden erhält, während aber zugleich umgekehrt 3,3 Billionen an den Norden  
202 gehen. Es ergibt sich demnach ein Minus von 2 Billionen USD zu Lasten des wesentlich bevölkerungsreicheren  
203 Globalen Südens. Die 125 Milliarden an weltweiten Hilfsgeldern sind dabei logischerweise nur der Tropfen auf  
204 dem heißen Stein – die „Hilfe“ fließt sozusagen umgekehrt! Nur wenn wir uns das eingestehen, kommt die  
205 Debatte um Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik weiter.

206 Wir leben also nicht nur über unsere eigenen Verhältnisse, sondern auch über die der Anderen! Wie schon zu  
207 Urzeiten der menschlichen Geschichte kommt es so zu verbitterten Verteilungskämpfen um einfachste mate-  
208 rielle Bedürfnisse, während die Wenigen in absurdestem Luxus leben. Die soziale Ungleichheit in Deutschland  
209 ist seinerseits in ein genuin perverses Weltungleichheitssystem eingebettet, bei welchem der Wohlstand im  
210 globalen Norden auf Ausbeutung aufbaut und Potentiale für aufholende Entwicklung durch unverhältnismä-  
211 ßigen Ressourcenkonsum und Schadstoffausstoß stetig verdrängt!

212 Wir fordern:

213 • Fairer Handel statt Freihandel! Strukturelle Benachteiligungen müssen abgebaut und globale Wirtschaftsbe-  
214 ziehungen neu geregelt werden. Nur so ist die Schaffung einer gerechten Weltwirtschafts- und Handelsord-  
215 nung überhaupt möglich

216 • Die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), besonders die Bretton-Woods Institutionen der „World Trade  
217 Organisation“ (WTO) und „International Monetary Fund“ (IMF) müssen ernsthaft in Frage gestellt werden. Es  
218 braucht mindestens eine konsequente Demokratisierung besonders in Bezug auf die Art der Stimmgewichtung  
219 und Amtsbesetzung in den dortigen Gremien sowie grundlegender struktureller Reformen weg von anhalten-  
220 der neoliberaler Politik des Washingtoner Konsens. Den Stimmen des Globalen Südens muss Gehör verschafft  
221 werden, der Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck muss aufhören! Eine strukturelle Besserstellung von  
222 Nicht-Industrieländern (Gruppe 77), besonders der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in jenen Han-  
223 delsinstitutionen ist dringend geboten!

224 • Eine globale Preisfestlegung von bestimmten Rohstoffen. Damit können strukturelle Ungleichheiten im Han-  
225 del zwischen Globalem Norden und Globalem Süden durch höhere Einnahmen entgegengewirkt werden, Pla-  
226 nungssicherheiten für Entwicklungsländer erhöht werden und zugleich entscheidende Anreize zur dringend  
227 notwendigen Verringerung von Rohstoffintensität der Weltwirtschaft gesetzt werden

- 228 • Die faire und gerechte Integration des globalen Südens in die globale Wirtschaft, die lokale wie nachhaltige  
229 Wertschöpfungsketten und gut bezahlte Arbeitsplätze im formellen Sektor aufbaut statt auf kurzfristige Ge-  
230 winne abzielen. Im Zuge dessen gilt es besonders die ILO-Kernarbeitsnormen flächendeckend in globale wie  
231 lokale Lieferketten zu etablieren
- 232 • Den Stopp von aktuellen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) und faire Neuverhandlungen dieser,  
233 sodass sie dem Globalen Süden tatsächlich nutzen, statt ihn auszubeuten! Hierzu gehört ein Stopp des Privatisierungsdrucks (besonders der öffentlichen Daseinsvorsorge) und die strikte, rechtlich bindende Koppelung  
234 von EPAs an Nachhaltigkeitskriterien sowie Arbeits- und Umweltstandards  
235
- 236 • Jene lokale Produktion zu schützen, die vor äußerem Konkurrenzdruck nicht standhalten kann. Insbesondere  
237 muss das internationale Agrardumping aufhören!
- 238 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer („Tobin Steuer“) zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz  
239
- 240 • Die zeitliche Ausweitung (neu) erteilter Marktzugangsgenehmigungen beim US-amerikanischen Handelsgesetz „Africa Growth and Opportunity Act“ (AGOA) für erhöhte Planungssicherheiten. Bestenfalls soll der Zugang afrikanischer Länder auf den US-amerikanischen Markt wie beim europäischen Abkommen „Everything but Arms“ (EBA) für alle gelten.  
241  
242  
243
- 244 Gezielte Reformpartnerschaften – gute Regierungsführung als essenzieller Bestandteil für gelingende nachhaltige Entwicklung  
245
- 246 Das Ende des Kalten Krieges fühlte sich für den Westen wie ein Sieg an. Die liberalen Demokratien hatten den diktatorischen Sozialismus in die Knie gezwungen – das war eines der damaligen Gefühle. Die weltweite Etablierung der Freiheit schien vor der Tür zu stehen. Heute wissen wir, dass das eine Illusion war. Autokratische Systeme wie China haben sich als erschreckend stabil erwiesen – der „Wettlauf der Systeme“ geht in anderer Form weiter.  
247  
248  
249  
250
- 251 Im Falle der Sub-Sahara haben wir es weiterhin mit autokratischen wie korrupten Oligarchien zu tun, welche die Reichtümer des jeweiligen Landes ungestört unter sich aufteilen, während der Rest seiner Umstände überlassen wird. Zur Machterhaltung halten werden Bürger bewusst in Apathie und Unwissen gehalten. Auch wenn Wahlen in den meisten Staaten offiziell durchgeführt werden, so sind sie, wie die weiterstehend ver-  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260  
261  
nichtigenden Wahlbeobachterberichte von der UN und der OECD deutlich darlegen gefälscht, und fungieren als bloßer Schein und Legitimierungsquelle der betreffenden Regime. Den internationalen Medien Gewaltenteilung und freie Wahlen vorzugaukeln bei gleichzeitig euphemistischer Rhetorik ist Teil des Repertoires dieser eingespielten Machtcliques. Bis heute kommt das Geld zur Armutsbekämpfung gar nicht oder nur zu Teilen bei den Betroffenen an. Oft versickert es in Korruptionskanäle, in denen man es nie wieder sieht. Erfolgreiche Entwicklung setzt voraus, dass die Regierung sie auch will und dafür nötige Transformationen in Gang setzt.  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272
- 273 Wir fordern:
- 274 • Partnerschaften auf Augenhöhe! Die internationale Ellenbogenpolitik und Benachteiligung gegen Entwicklungsländer müssen aufhören! Gleichzeitig darf sich keine Blindheit gegen offen egoistisches Verhalten von  
275  
276  
277  
Regierungen bilden. Gleichberechtigung der Geschlechter, wie auch allgemein Menschenrechte und Demokratie dürfen nicht als Kulturimperialismus begriffen werden, sondern als Teil eines weltweiten zivilisatorischen

278 Grundstocks der nach außen aktive einzufordern ist

279 • Besonders Länder mit Reformregierungen/ demokratisch gesinnten Regierungen wesentlich stärker durch  
280 zunächst technische Assistenz und wenig später finanzielle Mittel langfristiger als bisher zu unterstützen, so-  
281 dass sie sich behaupten können und eine erfolgreiche demokratische Transformation des politischen Systems  
282 gelingen kann. Gleichzeitig soll aber auch die Entwicklungszusammenarbeit gerade in anderen am wenigsten  
283 entwickelten Ländern (LDCs) nicht vernachlässigt werden, jedoch muss besonders hier die wirksame Budget-  
284 kontrolle gewährleistet sein. Da dies zumeist nicht der Fall ist müssen zivilgesellschaftliche Organisationen  
285 zwischenzeitlich dort ihr Engagement intensivieren, um öffentliche Dienstleistungen zu tragen

286 • Im Rahmen der geforderten Entschuldungsoffensive Schuldenerlasse für Länder mit Reformregierungen  
287 zeitlich zu priorisieren und dies als Norm für Finanzinstitutionen flächendeckend zu etablieren

288 • Den Stopp an Krediten wie Schenkungen in Form von Budgethilfen an hochkorrupte Staaten und die Abhän-  
289 gigkeitsmachung der Zuwendungshöhen von rechtstaatlichen, demokratischen und transformativen Kriterien  
290 wie Korruptionsbekämpfung

291 • Eine generelle Umleitung von Krediten und Entwicklungsprojekten von Schwellenländern auf LDCs wo sie in  
292 der Regel viel eher gebraucht werden, bzw. jene in LDCs gezielt aufzustocken und mehr technische Assistenz  
293 zu leisten

294 • Das Feld der Autokratieforschung konkret mit Internationale Beziehungen, Transformationsforschung und  
295 Entwicklungspolitik zu verknüpfen und somit konkrete außenpolitische Strategien zu entwickeln, Autokratien  
296 zu unterminieren bei gleichzeitig effektiver Hilfe für die unterdrückten Bevölkerungen

297 • Die Schaffung von mehr Stellen für Beratende zu technischer Assistenz

298 • Partnerschaften auf Augenhöhe, aber ohne falsche Toleranz gegen offen eigennütziges Verhalten der Regie-  
299 rung und unter Einsetzen für die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlich

300 • Die Durchsetzung des parlamentarischen Budgetrechts bei politischen Reformierungsprozessen zu priori-  
301 sieren, da transparente Budgetverwaltung ein Schalthebel für weiteren Fortschritt ist

302 • Die Einsetzung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Budget- und Kontrollgremien ähnlich des CCSRP, die Ge-  
303 winne aus der Wirtschaft öffentlich und transparent zur Finanzierung effektiver Projekte zur Armutsbekämp-  
304 fung einsetzt

305 • Die Erweiterung von Evaluationsmaßnahmen von Regierungsarbeit und Projekteffektivität. Der Erfolg muss  
306 stärker überprüft werden. Die weiterführende Durchsetzung des Rahmenwerks „Paris Declaration on Aid  
307 Effectiveness“ und der dazugehörigen „Acrra Agenda for Action“ (AAA) zur Evaluation zwischenstaatlicher  
308 Entwicklungszusammenarbeit ist hier wichtiger Bestandteil. Mechanismen zur Evaluierung auf nationaler  
309 und multilateraler Ebene müssen ausgeweitet und weiterentwickelt werden. Es braucht neben Doppel-  
310 Blindstudien und projektbezogenen Beurteilungen auf stärker nationalökonomisch und systemtheoretisch  
311 angelegte Evaluierungsstudien, welche alle Facetten der Auswirkungen, besonders problematische Nebenef-  
312 fekte, erfassen

313 • Infrastrukturprojekte nur in jenen Ländern durchzuführen, in denen bereits früher errichtete Anlagen dau-  
314 erhaft instandgehalten wurden

315 Weg vom Almosendenken – Hilfe zur Selbsthilfe!

316 Das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ mag sich normativ/theoretisch schon in der Frühgeschichte von Entwicklungs-  
317 politik, also auch der Agenda des BMZs etabliert haben, jedoch ist es in vielen Bereichen bis heute absolut  
318 nicht wiederzufinden, wie es der entwicklungspolitische Zusammenschluss „Bonner Aufruf“ richtigerweise ar-  
319 gumentiert.

320 Die Förderung von Eigeninitiative („empowerment“) wurde und wird vernachlässigt, was unweigerlich dazu  
321 führte und führt, dass örtliche Bevölkerungen ihre Probleme oft nicht alleine lösen können und daher da-  
322 zu verdammt sind auf 'Almosen' von außen angewiesen zu sein. Diese Apathiezyklen müssen durchbrochen  
323 werden! Nachhaltige Entwicklung kann nur gemeinsam mit den Menschen funktionieren, nicht gegen sie oder  
324 über sie hinweg. Den Leuten die Mittel bereitzustellen, sich eine Zukunft aufzubauen ist der menschenwürdigste  
325 und effektivste Weg! Es darf hier nicht bei neoliberalen Auslegungen von Empowerment bleiben, sondern

326 es müssen mit Empowerment gezielt gegen die überregionalen, politischen und systemischen Ursachen von  
327 Armut mobil gemacht werden!

328 Wir fordern:

329 • Eine massive Bildungs- und Eigenverantwortungsinitiative, also mit Entwicklungszusammenarbeit gezielt  
330 und wesentlich stärker individuelle und gesellschaftliche Eigenanstrengungen zu stärken, sich selbst zu hel-  
331 fen.

332 • Mit entwicklungspolitischen Maßnahmen die systemischen bzw. strukturellen Ursachen welche Armut pro-  
333 duzieren und reproduzieren zu bekämpfen statt bloß dessen Symptome

334 • Eine globale Entschuldungsoffensive für Entwicklungsländer nach Beschlusslage A26 (Die Fesseln der Ent-  
335 wicklungsländer zerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!) des SPD-Parteitag 2015

336 • Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einen ökonomischen Entwicklungs- und Modernisierungsprozess in  
337 Gang setzen, anstatt die inländische Wirtschaft durch Überflutung von Dumpingimporten gegen die Wand zu  
338 drücken

339 • Bewiesen ineffektive Hilfsprojekte und Organisationen von staatlicher Förderung auszunehmen, um notwen-  
340 dige Anreize zur Effizienzsteigerung zu schaffen

341 • Entwicklungsgelder ausschließlich gegen Fluchtursachen einzusetzen statt gegen Flüchtlinge (z. B. Grenz-  
342 schutz) zu instrumentalisieren

343 • Die wichtige Rolle von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit anzuerkennen und zu fördern

344 • Ein weltweites Verbot von Genitalverstümmelung nach Beschlusslage G13 des Juso-Bundeskongresses  
345 2016

346 • Einen massiven Ausbau von Mikrokreditdienstleistungen (z.B. der Grameen Bank) und Mikroversicherungen  
347 unter fairen Konditionen. Hier ließe sich ein multilateraler Fond/ eine Public-Private-Partnership (PPP) auf-  
348 zubauen, die durch Unterstützung an die betreffenden Organisationen die Zinsrate bzw. die Beitragshöhe für  
349 die Betroffenen senkt sowie eine schnellere flächendeckende Etablierung und damit besseren Zugang erlaubt.  
350 Gleichwohl muss die strategische Evaluierung von Mikroversicherungen verstärkt werden

351 Ländliche Entwicklung und Agrarsektor priorisieren

352 In Sub-Sahara Afrika gehen weniger als 10 Prozent der Budgets der Entwicklungsprogramme an ländliche  
353 Gebiete, in denen jedoch über 70 Prozent der Bevölkerung leben. Fast alle sind sie in der Landwirtschaft,  
354 also Subsistenzwirtschaft, tätig. Dabei ist durch stagnierende Erträge pro Kopf die Ernährungslage nicht ent-  
355 scheidend besser geworden. Zudem stellen die Gefahren des Klimawandels, die Zerstörung von Ökosyste-  
356 men sowie das globale Bevölkerungswachstum, welches sich auf Asien und Sub-Sahara Afrika konzentriert,  
357 die Landwirtschafts- und Nahrungssysteme gerade in ländlichen Räumen vor immense Herausforderungen  
358 In der Sahelzone drohen in Gemengelage dieser Trends neue Hungersnöte und Flucht in kaum gekannten  
359 Ausmaße.

360 Die Kapazitäten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf ländliche Gebiete umzuverlegen würde  
361 für wesentlich mehr Menschen dringend gebotene Perspektiven schaffen. Dadurch kann Landflucht reduziert  
362 werden, welche Slumbildung in Städten des globalen Südens verschlimmert, unter katastrophalen Bedingun-  
363 gen, wie sie beispielsweise in Lagos oder Nairobi zu beobachten sind.

364 Wir fordern:

365 • Eine globale Investitionsoffensive und Fokusverlagerung der Entwicklungszusammenarbeit auf ländliche Ent-  
366 wicklung und mit in Grundbedürfnissen zusammenhängenden Bereichen wie Wasserversorgung und Land-  
367 wirtschaft. Es braucht eine neue Grundbedürfnisstrategie für internationale Entwicklungszusammenarbeit,  
368 welche systematisch die humanitär dringlichsten Problemkomplexe adressiert, statt durch außenwirtschaft-  
369 liche Interessen dominierte, übermäßig industriefokussierte Ansätze den zweiten Schritt vor dem ersten ma-  
370 chen zu wollen!

371 • Eine zweite „Grüne Revolution“ im globalen Süden, welche durch landwirtschaftliche Modernisierung, Train-  
372 ingsprogramme und verstärkten ökologischen Landbau wie Agroforstwirtschaft besonders Erträge von Klein-



373 bauern langfristig und ökologisch verträglich steigert. Der Fokus muss daher die effektivere Bewirtschaftung  
374 bestehenden Ackerlandes sein – oft umweltschädigende Flächenerweiterung muss das letzte Mittel sein. Damit  
375 soll Ernährungssicherheit entschieden verbessert, Naturräume geschont, Landflucht vermieden und zugleich  
376 höherwertige Beschäftigungsmöglichkeiten abseits des Agrarsektors geschaffen werden.

377 • Die Auferlegung von globalen Cash-Transfer Programmen, welche gezielt von Ernährungsunsicherheit be-  
378 troffenen Personen finanziell unterstützt. So kann als Ergänzung zu bestehenden Projekten sowohl effektiv  
379 Hunger bekämpft als auch lokaler Kapazitätsaufbau der Landwirtschaft unterstützt werden.

380 • Den Zugang zu Wasser als kritische Entwicklungskomponente durch ambitioniertere Maßnahmen nachhaltig  
381 zu verbessern. Für eine übergreifende Lösung im Raum Sub-Sahara Afrika braucht es weitere Machbarkeits-  
382 studien zu einer transafrikanischen Wasserpipeline (in Anlehnung an die der „Trans Africa Pipeline Inc.“) oder  
383 einen dezentralisiertem Netz von Pipelines sowie, je nach tatsächlicher Effektivität dieses Ansatzes, den Aufbau  
384 einer multilateralen Allianz zur Konstruktion und Aufrechterhaltung dieser. Im Lichte des aktuellen Wasser-  
385 mangels in vielen Regionen könnte die entscheidende Entwicklungspotentiale und Resilienz bedeuten!

386 • Eine Investitionsoffensive in nachhaltige Energieträger im globalen Süden. Im Rahmen von Dekarbonisie-  
387 rungspartnerschaften sind dabei zentrale und dezentrale Lösungen zu fördern. Eine Kernintervention muss  
388 auch die ambitionierte Wiederaufnahme des Wüstenstromprojektes „DESERTEC“ der Desertec Stiftung und  
389 des Club of Rome sein mit dem Versuch, die Energiekonzerne erneut ins Boot zu nehmen. Neben Europa  
390 müssen so auch ländliche Gebiete südlich der Sahara Afrikas profitieren, indem durch Bau entsprechender  
391 Stromtrassen gezielt Zugang zu Energie für örtliche Haushalte und Betriebe ermöglicht und somit Potentiale  
392 zur örtlichen Entwicklung geschaffen werden sollen

393 Für eine internationale Anti-Landraub-Initiative

394 Natürlich kann die inländische Wirtschaft am Export von Agrarprodukten profitieren. Investitionen von au-  
395 ßerhalb in den Agrarsektor können situativ Sinn machen, doch muss vor allem gewährleistet sein, dass die  
396 Bevölkerung (dadurch) nicht hungert und davon direkt profitiert. Zumeist ist aber beides schlichtweg nicht  
397 der Fall. Ernährungssicherheit ist kein rein technisches Problem der Ertragssteigerung, sondern vor allem ein  
398 politisches und systemisches Problem in der Frage um Zugang! In der Sub-Sahara sind nach aktuellen Schät-  
399 zungen ungefähr 10 Prozent aller landwirtschaftlich geeigneter Flächen in den Händen ausländischer Investo-  
400 ren.

401 Landraub erfolgt in manchen Ländern nicht nur durch multinationale Agrarkonzerne, sondern auch über ma-  
402 fiöse lokale Netzwerke bestehend aus Investoren, Verwaltung, Justiz und Sicherheitskräften, die Flächen an  
403 sich reißen und die bisherigen Besitzer gewaltsam vertreiben. Die Ausmaße sind gewaltig und vergrößern sich  
404 zunehmend, besonders durch China. Ein zentrales internationales Problem ist hierbei die fehlende formale  
405 Dokumentierung von Landbesitz. Beispielsweise sind in Afrika nur ca. 10 Prozent der Landflächen formal do-  
406 kumentiert, was es raffgierigen globalen wie lokalen Eliten sehr einfach machen kann den Menschen vor Ort  
407 ihr Land und damit meist ihre Existenzgrundlage wegzunehmen. Dadurch wurden bisher viele Millionen Men-  
408 schen in noch größere wirtschaftliche Marginalisierung verdammt und gezwungen, sich auf der Suche nach  
409 Arbeit in die Städte aufzumachen. Kritisch zu beleuchten ist in diesem Zusammenhang die Rolle internationaler  
410 Finanzinstitutionen (IFIs), besonders der Weltbank, welche Landraub durch manche Fonds mehr oder weniger  
411 direkt mitverantworten. Bisherige Gegenmaßnahmen wie die kürzlich verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien  
412 zu Landnutzungsrechten“ (VGGT) der UN sind ein Fortschritt, erweisen sich aber leider als völlig unzureichend.  
413 Ihnen fehlen die regulative Verbindlichkeit und lokale Durchsetzungswerke.

414 Es braucht eine groß angelegte politische Initiative und ein grundlegendes Umdenken in der internationalen  
415 Agrarpolitik, um den Raubbau in seine Schranken zu weisen – Kampf gegen Hunger heißt Kampf gegen Land-  
416 raub! Er muss effektiv, aber entgegen anderer Projekte nicht zwingend effizient verlaufen.

417 Wir fordern:

418 • Die Schaffung einer europäischen/offen multilateralen (über das Committee on World Food Security (CFS))  
419 Anti-Landraub-Initiative unter enger Einbindung der Food and Agricultural Organisation (FAO) für Afrika sowie  
420 Teile Asiens und Lateinamerikas

421 o 1. Die Nutzungs- und Naturflächen durch einen gemeinsamen Topf, der sich neben externen Finanzquellen  
422 idealerweise aus den Ersparnissen von abbauenden Agrarsubventionen speist, entweder ankauft oder wenn

423 nötig nur pachtet, um über Nutzungsflächen Grundnahrungsmittel für die örtliche Bevölkerung statt „cash-  
424 crops“ für den Export anzubauen und Naturflächen unbeschädigt zu halten. Lektionen lassen sich hier durch  
425 das Landschaftsmodell wie jenem des WWF im Falle des Amazon-Regenwaldes lernen, die genau diesen Vor-  
426 gang bereits auf kleiner Ebene praktizieren.

427 o 2. Die Verwaltung soll über ein neu geschaffenes EU-Gremium und der FAO erfolgen, oder aber durch die  
428 ursprünglichen Besitzer, denen ihr Land genommen wurde bei Anbietetung von Unterstützung durch die FAO,  
429 des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) usw.

430 o 3. EPAs und allgemeine Handelsverträge sollen rechtlich bindende Mechanismen enthalten, die ausdrücklich  
431 die Nutzung von Anbauflächen für den Export / Produktion von cash crops untersagt, bis der Hunger beendet  
432 ist!

433 o 4. Länder innerhalb der Initiative sollen sich explizit dazu verpflichten Landraub einzustellen und wieder  
434 zugunsten der lokalen Bevölkerung einsetzen, indem sie je nach Fall entweder

435 Das Land direkt der lokalen Kleinbauern zur Nutzung bereitstellen und bei Bedarf mit technischer Assistenz  
436 unterstützen

437 Betreffende Firmen unter der Initiative verstaatlichen

438 Betreffenden Firmen die betreffenden Anbauflächen der Initiative abzukaufen (ggf. unter Überlassung der  
439 Maschinen) im Rahmen eines Vertrages, der in den von der Anti-Landraub-Initiative abgesteckten Gebieten  
440 den weiteren Anbau von cash crops und Akquirierung weiteren Landes verbietet

441 Unter einer Public-Private-Partnership (PPP) die Firmen Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung anbauen  
442 lassen

443 o 5. Die Opfer von Landraub sollen ihr rechtmäßig zustehendes Land zurückbekommen (durch z.B. ein in-  
444 ternationales Treuhandsystem über die FAO) und Unterstützung zur Ertragssteigerung angeboten bekom-  
445 men

446 o 6. Für die Auswahl zu übernehmender Flächen soll unter anderem die mit der NGO „Land Matrix“ kooperiert  
447 werden, dessen Datenbank „Web of Transnational Deals“ verwendet werden, welches Landraub systematisch  
448 erfasst.

449 • Eine weitreichende Klärung der Landbesitzverhältnisse zugunsten örtlicher Bevölkerungen. Die formale Do-  
450 kumentierung muss sich jeweils mit nationalem Recht koppeln und damit seiner diffusen Rechtsgrundlage ent-  
451 ziehen. Den starken politischen Interessen regionaler und nationaler Eliten in Bezug auf Landkontrolle muss  
452 mit starken zivilen Interessensgemeinschaften entgegengewirkt werden. Gerade durch strategische Interna-  
453 tionalisierung solcher Konflikte und Diskurse könnten große Reputationskosten für die Regierung entstehen  
454 und damit entscheidender Druck aufgebaut werden.

455 • Ein internationales Verbot von Nahrungsmittelspekulation

456 • Neben Ernährungssicherheit („food security“), also gesicherter Nahrungsversorgung auch Ernährungssou-  
457 veränität („food sovereignty“), also die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Nahrungsproduktion in  
458 den Fokus zu nehmen und im politischen Prozess miteinander zu kombinieren. Damit gilt es auch, Wert-  
459 schöpfungsketten in Agrarsystemen zu relokalisieren, womit gleichzeitig der ökologische Fußabdruck reduziert  
460 wird

461 • Eine systematische Aufarbeitung der Rolle von internationalen Finanzinstitutionen, Regierungen, Fonds und  
462 (transnationalen) Interessenverbänden bei Landraub. IFIs wie die Weltbank müssen ihre Maßnahmen in der  
463 Entwicklungsfinanzierung auf solche Veruntreuungen überprüfen und stoppen und damit mehr tun, als sich  
464 bloß auf dem Papier für eine inklusive und nachhaltige Entwicklung auszusprechen!

465 Sicherheitspolitik für Alle – „a matter of INTERNATIONAL security“

466 Bis heute mangelt es chronisch an finanziellen Mitteln sowie politischer Initiative und damit zusammenhän-  
467 genden UN-Mandate zur Lösung von Konflikten aller Art. Da bis vor kurzem besonders Konflikte in Afrika re-  
468 gionaler Natur waren und daher höchstens marginal mit der Sicherheitslage der Länder des globalen Nordens  
469 zusammenhängen ging das Leid der Menschen anderswo in der Turbulenz des hiesigen politischen Tagesge-  
470 schäftes meist unter, worauf zivilgesellschaftlicher Druck zu verstärktem Engagement fehlte.

471 Stets standen bei Bürgerkriegen, Stellvertreterkriegen, Putschen, Rebellionen und Terror die Implikationen  
472 auf eigene Sicherheit statt derer der hauptsächlich Betroffenen im Vordergrund. Wo jetzt hingegen im Rah-  
473 men mannigfaltiger Globalisierungsprozesse Flucht nicht mehr gänzlich durch Anbiederung an autokratische  
474 Staaten einzudämmen ist und insbesondere Afrika nun neben dem nahen/mittleren Osten leider mit zum  
475 „Nistplatz“ für Terrororganisationen geworden ist, besteht unter dem Mantra „Fluchtursachenbekämpfung“  
476 auf einmal wieder Interesse daran für die Länder konkrete Lösungen zu entwickeln, die für die längste Zeit als  
477 bloße Absatzmärkte und Almosenempfänger betrachtet wurden.

478 Dabei ist die Verfolgung einer Politik der Menschlichen Sicherheit („Human Security“) für diese Lösungen uner-  
479 lässlich. Sie orientiert sich an der Sicherheit und Würde des Individuums in Hinblick auf existentielle Gefahren  
480 – lokal wie global. Unter anderem gehören persönliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, Versorgungssicher-  
481 heit, wirtschaftliche Sicherheit, gesundheitliche Sicherheit und Umweltsicherheit zu jenem umfassenden Si-  
482 cherheitsbegriff. Sicherheitskonzepte müssen mit und nicht gegen die betroffenen Länder verfolgt werden,  
483 also Sicherheit für Alle miteingeschlossen sein statt durch ausschließlich militärische Lösungen Symptombek-  
484ämpfung zu betreiben und Gewaltspiralen zu verschärfen.

485 Wir fordern:

486 • Kollektive und kooperative Sicherheitspolitik mit den Betroffenen statt Abschottung!

487 • Auf internationaler Ebene den konventionellen Sicherheitsbegriff im politischen Prozess durch den erwei-  
488 erten Sicherheitsbegriff der Menschlichen Sicherheit tatsächlich abzulösen. Die internationale Gemeinschaft  
489 muss eine Politik der ganzheitlichen Sicherheit verfolgen

490 Aufschwung heißt Stabilität – Stabilität heißt Aufschwung

491 Die Sicherheitslage auf der Welt hängt unmittelbar mit sozialen Belangen zusammen. Diese sozialen Belange  
492 anzugehen ist die beste Konfliktprävention! Denn politischer Konflikt droht in Verbindung mit Armut oft in  
493 einer Gewaltspirale zu eskalieren, die nicht mehr ohne weiteres in den Griff zu kriegen ist. Die traurige Chronik  
494 zahlreicher Konflikte zeigt das eindeutig. Besonders in jüngerer Vergangenheit lässt sich eine Zunahme von  
495 Konflikt- und Postkonfliktsituationen verzeichnen: Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia, der Nordosten Nigerias,  
496 die Darfur Region, Süd-Sudan, Mali, Jemen, Burundi, D.R. Kongo – die Liste setzt sich fort.

497 Fast drei Viertel der Menschen in der Sub-Sahara haben in jüngster Zeit einen Bürgerkrieg erlebt oder sind  
498 aktuell in einen verwickelt. Nur rund die Hälfte der Länder, die einen Bürgerkrieg hinter sich haben, schafft  
499 es 10 Jahre ohne einen neuen Krieg zu überstehen. Neben zahlreichen Todesopfern und kaum in Worte zu  
500 fassendem Leid ist auch der wirtschaftliche Schaden massiv. Der durchschnittliche Schaden eines Bürgerkrie-  
501 ges in der Sub-Sahara liegt bei 64 Milliarden USD pro Jahr. Da es über 10 Jahre gerechnet es bis heute im  
502 Schnitt zwei Bürgerkriege mit durchschnittlicher Dauer von 7 Jahren sind, liegt der Schaden bei grob 100 Mil-  
503 liarden USD pro Jahr. Das übersteigt schon für sich das gesamte internationale Entwicklungsbudget um über  
504 das Doppelte!

505 Politischer Frieden allein führt keineswegs automatisch zu sozialem Frieden, jedoch hängen sie reziprok zu-  
506 sammen: Wirtschaftlicher Aufschwung ist gleichbedeutend mit Risikominderung eines erneuten Ausbruchs  
507 von Bürgerkrieg. Dieser wird jedoch oft dadurch gehemmt, dass Regierungen nach Bürgerkriegen das Militär-  
508 budget weiter erhöhen, statt von den finanziellen Mitteln Armut zu bekämpfen und die Wirtschaft wieder in  
509 Gang zu bringen. So kaufte die Regierung Ugandas 2011 während einer Hungersnot für 740 Millionen USD  
510 sechs russische Militärflugzeuge statt Grundnahrungsmittel.

511 Zumeist sterben an diesen teils massiven wirtschaftlichen Schäden, der Jahrzehnte vorangegangener Entwick-  
512 lungsfortschritte zunichtemacht mehr Menschen als durch den eigentlichen Bürgerkrieg. Sie werden entweder  
513 hinreichend schnell repariert oder ein erneuter Bürgerkrieg wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten! So  
514 haben sich bereits viele Gewaltspiralen entfesselt, die die Weltgemeinschaft übersehen oder schon wieder  
515 vergessen hat.

516 Wir fordern:

517 • Präventive Verhinderung statt reaktiver Schadensbegrenzung von Konflikten! („Responsibility to Prevent“ +  
518 „Responsibility to React“)

519 • Politische Lösungen erwirken, Konflikte zu beenden und das betreffende Land wieder auf Kurs zu bringen  
520 („Peace-Building“ und „Peace-Making“)

521 • Langfristige Unterstützung und Wiederaufbau von Postkonfliktregionen statt kurzfristige Hilfspakete („Res-  
522 sponsibility to Rebuild“)

523 • Nach Bürgerkriegen, Putschversuchen etc. (Postkonfliktsituation) der Regierung seitens der EU eine Sicher-  
524 heitsgarantie anzubieten unter der Bedingung, Militärausgaben schrittweise auf ein stabilitätsgarantierendes  
525 Grundniveau zurückzufahren. Die freiwerdenden Mittel sollen effektiv zur Armutsbekämpfung eingesetzt und  
526 nötige Reformen durchgeführt werden, während militärischer Schutz der Regierung über ein längeres Zeitmaß  
527 bis zur Stabilisierung des Landes gewährleistet wird

528 Konflikten vorbeugen – Terrorismus an der Wurzel bekämpfen

529 Mit Al-Shabab in Somalia, Boko Haram in Nordost-Nigeria, Tschad, Kamerun und weiteren Gebieten sowie Al-  
530 Kaida im Maghreb ist der internationale Terrorismus auch in Afrika angelangt. Aufgrund sehr eingeschränkter  
531 Kapazitäten der Staaten selbst wie auch der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union alleine dagegen  
532 vorzugehen, kann er sich fast problemlos dort halten. Besonders am Horn Afrikas, wo durch Dürren und an-  
533 haltende Bürgerkriege die Lage sehr fragil und die Verzweigung der Menschen groß ist, droht weiten Regionen  
534 verstärkte Radikalisierung.

535 Besonders in Somalia, welches seit über 25 Jahren im Bürgerkriegszustand ist, wo Fischer von außerhalb die  
536 Küsten überfischt haben und giftiger Müll dort abgeworfen wurde verlor die von Fischerei stark abhängige Be-  
537 völkerung ihre Lebensgrundlage. Wo im Norden jetzt Al-Shabab wütet und sich territorial ausbreitet, während  
538 internationale Hilfe bis heute nur mäßig funktioniert blieb Vielen nur noch Piraterie oder der Anschluss an  
539 Al-Shabab um nicht dem Hungertod zu erliegen. Sechs Millionen Menschen, also über die Hälfte der Bevölke-  
540 rung sind Binnenflüchtlinge und direkt von humanitärer Hilfe abhängig, die bei weitem nicht genügt. Weniger  
541 als 700 Millionen Euro sind es jährlich von europäischer Seite. Und da die Allianzarmee der Afrikanischen Uni-  
542 on aufgrund von Budgetkürzungen ihre Truppenstärke nicht mehr halten kann, geschweige denn Al-Shabab  
543 besiegen könnte, gewinnen die Terroristen an Kraft, während die Bevölkerung für uns unvorstellbare existen-  
544 tielle Ängste durchlebt. Es wird weggeschaut. Und wegen Notwendigkeit stärkerer humanitärer Hilfe in Nahost  
545 wurden Essensrationen sogar noch gekürzt.

546 Es ist eines der extremen Beispiele, wie ein Land permanent im Chaos versinken kann. Besonders Europas  
547 Aufgabe liegt darin, Maßnahmen zu ergreifen, die betreffenden Länder zu stabilisieren. Das heißt eine nach-  
548 haltige Lösung sozialer Belange, Schutz der Zivilbevölkerung und Vorgehen gegen Terrorismus bei gleichzei-  
549 tigem Kapazitätsaufbaus des betreffenden Staates, sodass er die Dinge langfristig wieder eigenständig in die  
550 Hand nehmen zu kann.

551 Wir fordern:

552 • Die Ursachen von Radikalisierung zu bekämpfen, vor allem durch Auflegung weiterer zivilgesellschaftlicher  
553 Präventionsprogramme und gelingender nachhaltiger Entwicklung

554 • Die Erwägung, durch ein Mandat der Afrikanischen Union unter anderem die Schnelle Eingreiftruppe der  
555 EU (SET) und nationale Armeen zu logistischer Unterstützung humanitärer Einsätze, Stabilisierungsmissionen,  
556 Errichtung von Sicherheitszonen und allgemein zum Schutz der Zivilbevölkerung in den betreffenden Regionen  
557 einzusetzen

558 • Den allgemeinen Kapazitätsaufbau von Staaten (z.B. Verwaltung) mit Ausnahme des Militärs, sodass sie in  
559 Zukunft ihre Probleme eigenständig lösen können

560 Zivile Organisationen stärken

561 Bei Krisen und Problemen aller Art sind es zumeist Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bzw. Internationale  
562 Organisationen (IOs) anstelle der Staatenwelt, die als erstes darauf reagieren. Unabhängig von öffentlicher  
563 Aufmerksamkeit und politischem Klein-Klein gehen sie an die Arbeit. So ist es wichtig, dass ihre Unabhän-  
564 gigkeiten bewahrt werden und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet sind, diese Arbeit auch optimal  
565 machen zu können. Besonders die wirtschaftlich starken Länder sind hier in der Pflicht, dies durchgängig zu  
566 gewährleisten.

567 Zugleich stehen aber auch sie in der Verantwortung, die erhaltenen Mittel richtig einzusetzen, statt aktionisti-  
568 schem Verhalten zu verfallen.

569 Wir fordern:

570 • Eine angemessene Finanzierung von NGOs/ IOs unter jeweils der Bedingung effizienter Arbeitsweise der  
571 betreffenden Organisation

572 • Die Kapazitäten der Vereinten Nationen (UN), der World Health Organisation (WHO), der Food and Agricul-  
573 tural Organisation (FAO), des World Food Programme (WFP), der International Labor Organisation (ILO) usw.  
574 massiv auszubauen, sodass die Reaktion auf Krisen zumindest nicht gänzlich an politischem Vorbehalt oder  
575 fehlender internationaler Aufmerksamkeit zu stocken droht. Gleichzeitig darf sich damit keine „NGO-isierung“  
576 öffentlicher Dienstleistungen im globalen Süden entwickeln- das Primat muss immer noch eigenverantwortli-  
577 che Lösungsstrategien sein.

578 • Eine stärkere Beteiligung ziviler Organisationen im internationalen Regierungssystem, unter anderem durch  
579 Gewährung von Beobachtungs- und Konsultationsstatus in Gremien wie dem Wirtschafts- und Sozialrat der  
580 Vereinten Nationen (ECOSOC)

581 Weiterführende Europäisierung von Entwicklungszusammenarbeit anpeilen

582 Mit dem 2017 in Kraft getretenen neuen EU-Entwicklungskonsens „Unsere Welt, Unsere Würde, Unsere Zu-  
583 kunft“ hat die europäische Staatengemeinschaft ein neues Rahmenwerk über Ziele und Maßnahmen für eine  
584 Politik nachhaltiger Entwicklung eingeführt. Dabei wird sich explizit zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, dem Pa-  
585 riser Klimaabkommen und weiteren Politikpapieren bekannt mit der Zielsetzung, bestehende Politik daran  
586 anzupassen. Gleichzeitig ist der Entwicklungskonsens ein Produkt der Kompromisse. Immer noch wird ein  
587 konventioneller Wachstumsansatz verfolgt und angepeilte Reformen sind lediglich inkrementeller Natur. Die  
588 relative Innovationslosigkeit und sehr vage Zielformulierungen zeigen mitunter, dass die EU weiterhin weder  
589 strukturelle Ungleichheitsstrukturen im globalen System und der Entwicklungszusammenarbeit im besonde-  
590 ren angeht noch Politikprogramme und Transformationen in Art und Umfang konzipiert, die es zur Sicherung  
591 einer nachhaltigen Entwicklung mit 10 Milliarden Menschen im Rahmen notwendiger gänzlicher Dekarboni-  
592 sierung Mitte dieses Jahrhunderts zwingend bräuchte.

593 Eine positive Entwicklung ist der schrittweise Abbau der EU-Agrarsubventionen nach Außen, doch der Preis-  
594 druck auf lokale Märkte wird trotzdem weiter anhalten. Denn weiterhin zeigt die europäische auswärtige  
595 Politik gravierende Schwächen und Inkonsistenzen. Im Rahmen erneuter Hungersnöte der letzten Jahre ist  
596 Europa nicht entschieden eingeschritten, mehrfach hat sich in Hochphasen dieser Krise der Rat der EU-  
597 Entwicklungsminister ohne einen konkreten Aktions- oder Finanzplan aufgelöst. Die EU-Kommission vergibt  
598 weiterhin nicht an Kriterien guter Regierungsführung gebundene Kredite oder Schenkungen an hochkorrupte  
599 Staaten, was mit Unrechtssysteme um die Menschen herum zementiert. Auch hält die EU weiterhin an men-  
600 schenverachtenden Migrationsabkommen mit Diktatoren fest und versucht auch sonst mit diversen Maßnah-  
601 men systematisch Geflüchtete zu bekämpfen. Ein paradigmatisches Umdenken sieht anders aus.

602 Unabhängig davon birgt eine Vereinheitlichung von Entwicklungspolitik sowie gemeinsame Koordinierung von  
603 Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene ein immenses Potential, doch gilt es sich auf eine Stra-  
604 tegie zu verständigen, die das Wohlergehen der Menschen des Globalen Südens und nicht das Eigene zum  
605 Ziel hat, die größere Visionen wagt und Durch die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament und eine  
606 konservativ-liberale Kommission würde eine jetzige Europäisierung wohl nicht zu dem dringend notwendigen  
607 Ergebnis führen. Vorläufig ist höchstens punktuelle Koordinierung bei bestimmten Projekten und Themenfel-  
608 dern sinnvoll. Ein logisches Feld wäre hier humanitäre Hilfe. Noch immer ist der Hilfsapparat für humanitäre  
609 Hilfe schon bei schwereren regionalen Dürren weitestgehend machtlos. Dies auf EU-Ebene ambitioniert anzu-  
610 gehen würde lebensrettenden Fortschritt bedeuten!

611 Wir fordern:

612 • Die langfristige Zielsetzung einer Vereinheitlichung der europäischen Entwicklungspolitik und enge Koordi-  
613 nierung der damit einhergehenden Maßnahmen und Projekten unter Berücksichtigung historischer bilateraler  
614 Beziehungen. Entwicklungspolitik muss sich in der EU als souveränes Politikfeld mit einer integrierten Gesamt-  
615 strategie behaupten, statt im Namen von Politikkohärenz („Policy Coherence“) für Flüchtlingsbekämpfung, Ex-  
616 portpolitik und geopolitische Interessen missbraucht zu werden.

617 • Die institutionelle und ressourcenmäßige Aufwertung des „European Directorate-General for Internatio-  
618 nal Cooperation and Development“ (DEVCO) sowie dem Europäischen Amt für Zusammenarbeit (Euro-  
619 peAid)

620 • Den weiteren vollständigen Abbau der EU-Agrarsubventionen wie von dem Beschlusspapier des WTO-  
621 Treffens 2011 in Nairobi festgelegt. Gezielte Preisfestlegungen sind eine weitere mögliche Maßnahme, um  
622 Druck auf lokale Nahrungsmärkte weiter zu minimieren. In jedem Falle muss Agrardumping seitens der EU  
623 aufhören!

624 • Stärkere Koordinierung, Kapazitätsaufbau und massive finanzielle Aufstockung von humanitärer Hilfe auf  
625 EU-Ebene

626 • Die EU-Kommission muss Kredite und Budgethilfen wesentlich stärker konditionieren und ebenso auf Re-  
627 formpartnerschaften ähnlich wie die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) setzen; mit der Unterstützung  
628 Gambias nach der Präsidentschaftswahl durch die EU wurde bereits ein erster positiver Schritt unternom-  
629 men

630 • Die Terminierung des EU „Notfall-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der  
631 Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika“, oder aber ihn so zu transformieren, dass er  
632 tatsächlich das macht, was der Name meint, statt mit ihm Grenzschutzmaßnahmen oder Autokraten für die  
633 Zurückhaltung von Flüchtlingen zu bezahlen

634 Auf nationaler Ebene – Deutschlands Rolle für nachhaltige Entwicklung

635 Unabhängig vollmundiger Bekundungen des aktuellen Entwicklungsministers Gerd Müller (CSU), Deutschland  
636 würde seiner so oft beschworenen „neuen Verantwortung“ in der Welt gerecht werden ist dies schlichtweg  
637 nicht der Fall.

638 So veröffentlicht er nach fast vier Jahren seiner Amtszeit schließlich den 24-seitigen „Marshallplan mit Afrika“.  
639 Dieser lag nie auf dem Kabinetttisch, mit anderen Ressorts wurde sich wie so oft nicht abgesprochen und ist  
640 mehr Investitionsplan statt konkreter Aktionsplan, welcher an bilateraler statt notwendigerweise multilateraler  
641 Vorgehensweise stockt.

642 Neben seinen Ambitionen, der Privatwirtschaft für Afrika Tür und Tor zu öffnen lesen sich die verblüffenden,  
643 fast links anmutenden Bekenntnisse zu fairem Handel sowie Arbeits- und Umweltstandards oft als bloßes Bei-  
644 werk zur Beschwichtigung des Entwicklungsausschusses. Die bestehenden sowie sich im Entstehungsprozess  
645 befindenden Wirtschaftskooperationen (EPAs) als auch die von der Bundesregierung getragene Handelspolitik  
646 allgemein sprechen hier eine andere Sprache.

647 Sich Autokraten anzubiedern und zu unterstützen um Migration einzudämmen; Entwicklungspolitik unter dem  
648 Deckmantel von beschönigenden Worthülsen weiterhin zu weiten Teilen als Exportpolitik zu betreiben; der  
649 Umstand, dass die Hauptimplementierungsinstitution des Entwicklungsministeriums (BMZ) eine gewinnori-  
650 entierte GmbH bleibt und das Entwicklungsbudget nur mäßig zu steigern führt zu einer höchstens gemischten  
651 Bilanz und zeugt keines Weges von einer Politik der Humanität. Wenn die Bundesregierung für sich in Anspruch  
652 nimmt eine „Politik der Humanität“ zu betreiben (wie es Regierungssprecher Seibert bekräftigt), so muss sie  
653 ihr Handeln nach Außen auch dementsprechend gestalten. Alles andere ist gefährlicher Zynismus.

654 Humanitäre Hilfe im Besonderen weiter aufstocken

655 Bereits der Umstand, dass weiterhin noch nicht einmal das 0,7%-BIP Ziel erreicht wurde spricht Bände. Die  
656 „Flüchtlingskosten“, die nach OECD auf diese Quote anrechenbar wären und nach welcher Deutschland damit  
657 die 0,7%-Quote für das Jahr 2017 kurzfristig erreicht hatte geben ein verzerrtes Bild wieder, was die eigentliche  
658 Problematik eines trotz mäßiger Erhöhungen weiterhin viel zu kleinen Entwicklungsbudgets ignoriert. Aktuell  
659 sind es ca. 0,5% des BIP, wobei auch hier recht fragwürdige Miteinbeziehungen von „Entwicklungsprojekten“  
660 zu finden sind. Eine angemessene Finanzierung ist wahrlich nur ein Bestandteil gelingender Entwicklungszu-  
661 sammenarbeit. Manchmal waren Projektbudgets auch tatsächlich zu hoch, da die überschüssigen Ressourcen  
662 nicht effektiv eingesetzt wurden und es anderen Projekten an jenen wiederum fehlte. Die enormen Dimensio-  
663 nen der Aufgabe globaler Entwicklung sprechen für sich: Die Erfüllung 0,7% Quote kann nur der Anfang sein  
664 und verdeckt den eigentlichen Kern der Problematik!

665 Wir fordern:

666 • Die Erreichung und Übersteigerung der seit 1970 angepeilten 0,7%-Quote als Folge steigenden Engagements in  
667 der Entwicklungszusammenarbeit welche sich ihrerseits in angemessener, bedarfsorientierter und strategisch  
668 eingebetter Finanzierung manifestiert

669 • Aufstockung humanitärer Hilfe, damit des Budgets des Auswärtigen Amts, auf ein solches Mindestmaß, bei  
670 dem die nötigen Ressourcen bei allen globalen humanitären Organisationen bereitgestellt sind um ihre jewei-  
671 ligen Kapazitäten maximal auszuschöpfen und gleichzeitig optimal auszubauen. Die Apathie bei der Mobilisie-  
672 rung humanitärer Hilfe kostet Millionen Menschenleben und muss endlich aufhören!

673 Kommerzialisierung von Entwicklungszusammenarbeit rückgängig machen

674 Unter Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) wurden die „Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammen-  
675 arbeit“, die „Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH“ und der „Deutsche Entwicklungsdienst“ im  
676 Jahre 2011 zur „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH“ (GIZ) fusioniert.

677 Weiterhin ist sie eine gewinnorientierte GmbH, die deutsche Unternehmen für Investitionen im Globalen Sü-  
678 den berät und unterstützt. So floss ca. ein Drittel des Etats der GIZ im Jahre 2016 in die Privatwirtschaft.

679 Grundlegend werden verstärkte Investitionen der Privatwirtschaft ohnehin Folge guter Regierungsführung  
680 und gelingender Entwicklung sein, welche dann verstärkt die Voraussetzungen wie erfolgreiche Gewerbean-  
681 meldung und verlässliche Umweltbedingungen schaffen. In dieser Phase sind allerdings der öffentliche Sek-  
682 tor und konventionelle Entwicklungszusammenarbeit ausschlaggebend. Wirtschaftspartnerschaften können  
683 sinnvoll und zielführend sein, aber nur wenn die Bevölkerung des Ziellandes auch wirklich direkt davon profi-  
684 tiert.

685 Wir fordern:

686 • Entwicklungspolitik nicht zur Außenwirtschafts- und Exportpolitik zu degradieren!

687 • Die GIZ muss bestmöglich gelingende nachhaltige Entwicklung für die Menschen, nicht Gewinne für sich oder  
688 die deutsche Wirtschaft verfolgen. Bestehende und geplante Initiativen müssen alleinig unter Kriterien der  
689 Wirksamkeit im Bezug auf nachhaltige Entwicklung konzipiert werden, wobei die folglich niedrigere Rentabilität  
690 über ein höheres BMZ Budget für Implementierungsorganisationen kompensiert werden soll

691 • Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH in eine dem BMZ unterstellten Anstalt des öffent-  
692 lichen Rechts umzuwandeln

693 • Massiven Kapazitätsaufbau der GIZ gerade in Bezug auf Projekte und Politikforschung im Zusammenhang  
694 mit Sub-Sahara Afrika und Süd-Asien

695 • Keine Investitionsabsicherung für Firmen aus dem Entwicklungsbudget zu betreiben

696 Ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit für eine kohärente Auswärtige Politik

697 In einer zunehmend globalisierten Welt, wo Probleme hochgradig interdependent und komplex sind muss der  
698 Lösungsansatz notwendigerweise kohärent und koordiniert sein, wenn er sich behaupten will – international  
699 wie national.

700 Wo nötig müssen sich die betreffenden bundesdeutschen Ministerien zu einem gemeinsamen Netzwerk ver-  
701 schränken, in welchen die Mechanismen der Einzelnen reibungslos ineinandergreifen. Besonders ist verstärk-  
702 te Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen dem BMZ, Auswärtigen Amt (AA), Bundesministerium für  
703 Umwelt (BMU), Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Bundesministerium für Ernährung und Landwirt-  
704 schaft (BMEL), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi),  
705 und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefragt.

706 Wir fordern:

707 • Die stärkere Vernetzung besonders zwischen BMZ, Auswärtigem Amt, Verteidigungsministerium sowie für  
708 internationale Aufgaben zuständige Referate im BMBF, BMEL sowie BMU durch Personalrotation, gemeinsame  
709 Diskussionsveranstaltungen und themenübergreifende Projekte. Gerade im Bereich ziviler Krisenprävention  
710 müssen Bemühungen stärker koordiniert werden

711 • Vor-Ort-Planung bilateraler Projekte des BMZ nach Möglichkeit in die jeweilige Botschaft zu integrieren

- 712 • Die Einsetzung von unabhängigen Evaluationsteams, welche die allgemeine Zusammenarbeit und übergrei-  
713 fende Politikkohärenz zwischen den einzelnen Ministerien beurteilen
- 714 Interne Neustrukturierung: Das BMZ als Ministerium für internationale Solidarität
- 715 Wir sehen, dass auf vielen Orten der Welt Menschenleben akut in Gefahr sind, Armut und Willkür äußerer  
716 Umstände ausgesetzt, und es damit höchste Zeit ist, ambitionierte wie konkrete Lösungen voranzubringen.  
717 Es ist hier politische Initiative und ein kohärenter Lösungsansatz gefragt, hinter dem sich die internationale  
718 Gemeinschaft auch versammeln kann, um die nachhaltigen Entwicklungsziele mit Leben zu füllen und schluss-  
719 endlich zu erreichen. Deutschland muss hier seiner neuen Verantwortung auch tatsächlich gerecht werden,  
720 indem es eine Vorreiterrolle in internationaler Zusammenarbeit übernimmt. Das hängt neben einer progres-  
721 siven Bundesregierung in Form einer Rot-Rot-Grün Koalition auch entscheidend von der Arbeitsweise und den  
722 Kapazitäten des BMZ ab.
- 723 Wir fordern:
- 724 • Die Erweiterung des ministeriellen Leitungsstabs zu einem breiten, wissenschaftlich durchdrungenen Gre-  
725 mium bestehend aus Fachexperten und Teilen der Referatsleitungen
- 726 • Das Stabliniensystem der zuständigen Bundesministerien zur Bearbeitung interdisziplinärer Fragestellungen  
727 mit einem Matrixsystem zu verbinden, bei welchem die betreffenden Stellen im direkteren interdisziplinären  
728 Austausch stehen
- 729 • Den Abbau der strukturell dominanten Stellung von Territorialreferaten im BMZ. Die Politikansätze, -  
730 programme und -strategien müssen sich im Dialog von regionaler Expertise mit fachlicher Expertise und über-  
731 greifendem Zielwissen entwickeln.
- 732 • Die Einsetzung von umfangreichen Evaluationsteams (unabhängig von BMZ Referat 105) unter Einbindung  
733 des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), welche die Arbeitsweise, Stra-  
734 tegien und allgemeine Effizienz des BMZ kontinuierlich beurteilen und detaillierte Verbesserungsvorschläge  
735 liefern
- 736 • Das zurückfahren von ministeriellen Sonderinitiativen auf ein Maß, in welchem reguläre Entwicklungsprojekte  
737 der Implementierungsinstitutionen nicht ausgebremst werden
- 738 • Eine breite Inkorporierung von Politikforschung durch Vertretungen bzw. Integrierung der jeweiligen Orga-  
739 nisationen in das BMZ und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
- 740 • Die Erschaffung eines Referates für kommunale Entwicklungspartnerschaften, um Kooperationen zwischen  
741 deutschen Kommunen mit Pendanten des globalen Südens zu organisieren. Durch solche Partnerschaften kön-  
742 nen Wissenstransfers in Gang gesetzt werden, um die Eigeninitiative des Globalen Südens zu stärken